



DER ANDERE BLICK

von Jonas Hermann, Berlin

Hausdurchsuchung wegen «Hassrede»? Deutschland braucht keine Meldestellen

Meldeportale wie «Hessen gegen Hetze» gehören abgeschafft. Sie stehen symptomatisch für ein unfreies Meinungsklima. In Hessen regt sich zum Glück Widerstand.

13.11.2025, 05.30 Uhr ⌚ 3 min

Hören



Hass, das sind immer die anderen: Demonstration gegen die AfD im Jahr 2024 in Frankfurt.

Thomas Lohnes / Getty

Sie lesen einen Auszug aus dem Newsletter «Der andere Blick am Morgen», heute von Jonas Hermann, Redaktor NZZ Deutschland. Abonnieren Sie den Newsletter kostenlos. Nicht in Deutschland wohnhaft? Hier profitieren.

Deutschland hat zwei Diktaturen überstanden. Sowohl im «Dritten Reich» als auch in der DDR war es leicht, Mitbürger anonym zu denunzieren und ihr Leben zu zerstören. Von diesen Zuständen ist das heutige Deutschland weit entfernt. Wer es anders darstellt, verharmlost

den Wahn von Gestapo und Stasi.

Aber warum behaupten vor allem Menschen rechts der Mitte gerne das Gegenteil und ziehen Parallelen zwischen der DDR und dem heutigen Deutschland? Tun sie es wirklich nur, weil sie sich an der Übertreibung ergötzen?

Jede Übertreibung hat einen wahren Kern, sonst wäre sie eine glatte Lüge. Der Kern mag winzig sein, ganz wegdiskutieren lässt er sich meistens nicht. Dies gilt auch für die Aussage, dass es in Deutschland wieder ohne Aufwand oder Risiko möglich sei, unliebsame Mitbürger mit einer anonymen Meldung beim Staat in Schwierigkeiten zu bringen.

Natürlich reagiert dieser auf solche Meldungen nicht mit totalitärem Furor und zerstört die Leben der Denunzierten – doch schon der Mechanismus an sich löst verständlicherweise Argwohn aus.

Das Gefühl der Zensur

Viele Menschen in Deutschland haben mittlerweile von dem Rentner gehört, der Besuch von der Polizei bekam. Sein Vergehen: Er hatte online ein Bild geteilt, das den ehemaligen deutschen Wirtschaftsminister Robert Habeck als «Schwachkopf» darstellte. Oder auch von dem Berliner Autor und Medienwissenschaftler Norbert Bolz, der wegen einer sarkastischen Bemerkung im Netzwerk X ebenfalls die Polizei an der Haustür hatte. Eine Hausdurchsuchung konnte er nur abwenden, weil er sich besonnen und kooperativ verhielt.

In beiden Fällen ging der Zündfunke von der sogenannten Meldestelle «Hessen gegen Hetze» aus. Dass es beide Male gar keinen Bezug zum Bundesland Hessen gab, ist nur eine von vielen Wunderlichkeiten aus der schönen neuen Welt der Meldekultur.

Auch deshalb wird sich das Landesparlament Hessens an diesem Donnerstag mit «Hessen gegen Hetze» befassen. Die FDP und die AfD wollen das Ende des Portals, das vom hessischen Innenministerium betrieben wird. Der CDU-Innenminister Roman Poseck möchte es erhalten, allerdings abgespeckt: Künftig soll sich «Hessen gegen Hetze» nur noch mit Meldungen aus Hessen befassen.

Der FDP-Fraktionschef Stefan Naas warnt vor einer «Meinungsmeldestelle». Seine Befürchtung: Am Ende könnten die Bürger das Gefühl haben, einer Zensur zu unterliegen. Naas benennt damit das eigentliche Problem, denn Zensur gibt es eben nicht nur in

totalitären Staaten. Manchmal reicht auch schon ein Staat, der seine Pflichten überinterpretiert.

Missbrauch wird Tür und Tor geöffnet

Wie das in der Praxis läuft, zeigt die Causa Norbert Bolz: Im Zweifelsfall braucht es nur einen anonymen Hinweis, einen eifrigen Mitarbeiter in der Meldestelle und eine irrlichternde Staatsanwaltschaft: Schon klingelt die Polizei an der Tür und wedelt mit dem Durchsuchungsbeschluss. Die Beamten sollen Bolz beim Abschied darum gebeten haben, in Zukunft vorsichtiger zu sein.

In Deutschland gibt es mittlerweile über fünfzig Meldestellen, wo Bürger nicht bloss Beleidigungen und strafbares Verhalten melden können, sondern auch Äusserungen, die unterhalb der Strafbarkeitsgrenze liegen. Weil das natürlich etwas schräg klingt, sprechen die Meldestellen lieber von «Hate-Speech» oder deutsch: Hassrede.

Was genau Hate-Speech sein soll, ist nirgendwo schlüssig definiert. Dem Missbrauch des Begriffs ist somit Tür und Tor geöffnet. Das Strafgesetzbuch kennt die Tatbestände der Beleidigung oder der üblen Nachrede, aber nicht den Begriff der Hassrede.



Passend zum Artikel



Auf einen Witz folgt eine Hausdurchsuchung – in Deutschland schwindet die Meinungsfreiheit

Claudia Schwartz 28.10.2025 ⌚ 6 min



INTERVIEW

«Dann ist nur die Meinung der deutschen Regierung richtig. Alles andere ist Desinformation»

Elke Bodderas, Berlin 25.10.2025 ⌚ 4 min



«Trusted Flagger» durchsuchen das Internet im Auftrag der Bundesregierung nach unliebsamen Meinungen

Fatima Keilani, Berlin 08.10.2024 ⌚ 4 min

